



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 11. Mai 2011

Aus Berlin

Bahr wird Bundesgesundheitsminister – Baum als Staatssekretär gehandelt

Daniel Bahr (FDP) soll der neue Bundesgesundheitsminister und somit Nachfolger von Dr. Philipp Rösler (FDP) werden. Rösler wird künftig das Wirtschaftsministerium leiten.

Bahr ist momentan Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium (BMG). Seine Nachfolgerin soll Ulrike Flach, die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, werden. Der beamtete Staatssekretär im BMG, Stefan Kapferer, soll Rösler ins Wirtschaftsministerium folgen und dort Staatssekretär werden, heißt es in Zeitungsberichten. Wer Kapferers Amt übernehmen wird, ist derzeit noch unklar. Laut Medienberichten ist der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Georg Baum (FDP), ein Wunschkandidat für den Posten im BMG.

Die KBV, der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung, die Bundesärztekammer sowie der AOK-Bundesverband äußerten sich positiv zur Benennung Bahrs. „Bahr zeichnet sich durch hohe Sachkompetenz in diesem oftmals komplizierten Politikfeld aus. Ich bin mir sicher, dass er mit seinem Erfahrungsschatz und seinem Wissen künftig wichtige Diskussionen vorantreiben und die Gesundheitspolitik lenken wird“, sagte Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV. (Handelsblatt, 11. Mai; Agenturmeldung, 10. Mai; [Presseerklärung der KBV, 10. Mai](#))

Infektionsschutzgesetz: Experten zweifeln an Datenbasis

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes vorgelegt. Am Montag gab es zu der geplanten Gesetzesänderung eine Anhörung im Bundestag. Experten warnten vor den bisher ermittelten Zahlen zu Krankenhausinfektionen mit resistenten Erregern. Diese beruhen auf Ergebnissen aus den Neunzigerjahren und umfassen nicht alle Infektionswege. Infektionen in Reha-Kliniken und Arztpraxen mit ambulanten Operationen wären nicht erfasst. Statt der bisher angenommenen bis zu 600.000 Infektionen müsse von mindestens 700.000 Fällen jährlich ausgegangen werden, so die Fachleute.

Andreas Tecklenburg, Vorstandsmitglied des Verbands der Universitätsklinika Deutschlands, kritisierte diese Schätzungen. „Für diese Zahlen gibt es keinen Beweis. Es sind nur Hochrechnungen“, sagte er. Daher forderte Tecklenburg ein bundesweites Melderegister für Krankheiten, die durch die Übertragung von Erregern bei Behandlung und Pflege auftreten.

Mit dem neuen Gesetz will die schwarz-gelbe Bundesregierung alle Länder zu Hygieneverordnungen verpflichten. (Agenturmeldung, 9. Mai, [Heute im Bundestag, 10. Mai](#))

Grüne fordern Präventionsgesetz

Nach dem Wunsch der Partei Bündnis 90/Die Grünen sollen die Themen Prävention und Gesundheitsförderung in den Sozialgesetzbüchern verankert werden. Einen entsprechenden Antrag hat die Partei eingereicht. An der Finanzierung eines Präventionsgesetzes sollen sich neben der gesetzlichen auch die private Kranken- und Pflegeversicherung beteiligen. Die Grünen rechnen in der Startphase mit einem Finanzvolumen in Höhe von 500 Millionen Euro. In den Folgejahren soll dieses Volumen um jeweils zehn Prozent steigen.

Außerdem fordern die Grünen von der Bundesregierung eine nationale Strategie für Prävention und Gesundheitsförderung mit dem Schwerpunkt Gesundheit und soziale Lage. ([Heute im Bundestag, 5. Mai](#))

Aus KBV und KVen

KV-on berichtet über KBVMesse 2011

Medizinische Versorgung kann auf ganz verschiedene Weise gestaltet werden. Wie das aussehen kann, hat die diesjährige KBVMesse gezeigt. In Berlin hat sie vom 3. bis 5. Mai innovative Projekte zusammengebracht, die Versorgung auch über Sektorengrenzen hinweg gestalten und so bestehende Lücken schließen. KV-on stellt einige von ihnen vor. ([Videopodcast](#); [Videopodcast](#))

Vereinbarkeit von Praxis und Familie aus Sicht von Kindern

Für KV-on berichten drei der Kinder von Hausärztin Bettina Wurl aus Berlin-Spandau, wie vereinbar der Arztberuf mit der Familie tatsächlich ist. Wurl und ihr Mann sind beide Ärzte. Ob der Spagat ihrer Eltern im Alltag funktioniert, erzählen die Kinder in dem Film. ([Videopodcast](#))

Ärzte in Bayern haben vergleichsweise niedrige Arzneimittelausgaben

Die bayerischen Vertragsärzte haben im vergangenen Jahr Arzneimittel im Wert von 443 Euro je gesetzlich Krankenversicherten verordnet. Damit liegen sie hinsichtlich der Kosten um rund neun Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, den der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung kürzlich bekannt gegeben hatte. „Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bayerns bietet ihren Mitgliedern ein umfassendes Service- und Beratungsangebot zum Thema Verordnungen an. Dazu gehören quartalsweise Informationen zum individuellen Verordnungsverhalten, die dann beispielsweise als Grundlage für ein Beratungsgespräch mit einem unserer Pharmakotherapieberater dienen können“, so Dr. Pedro Schmelz, erster stellvertretender Vorstandsvorsitzender der KV Bayerns. Der Vorstand der KV forderte auch, dass Niedergelassene das wirtschaftliche Risiko der Arzneimittelverschreibungen nicht länger selbst tragen sollten. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 6. Mai](#))

Aus den Verbänden

Wirtschaftlichkeitsprüfung für Ärzte: Pharmaverband fordert Abschaffung

Auf Defizite in der Arzneimittelversorgung hat der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) hingewiesen und Regressen eine Mitschuld daran gegeben. Vorstandsvorsitzender Dr. Bernd Wegener sagte: „Wirtschaftlichkeitsprüfungen führen dazu, dass bei den Verordnungen eine Schere im Kopf der Ärzte entsteht. Gerade innovative Produkte werden deswegen bei uns viel seltener verordnet als in europäischen Nachbarländern. Der Fortschritt kommt bei den betroffenen Patienten nicht oder extrem spät an.“ Deshalb müssten Wirtschaftlichkeitsprüfungen für Arzneimittel entfallen, forderte Wegener.

Darüber hinaus betonte der Pharmaverband die Notwendigkeit wissenschaftlicher Arzneimittelstudien für Kinder. „Bei vielen älteren Wirkstoffen ist die Wirkung des Arzneimittels an Kindern nicht erforscht. Ärzte haben die Situation, dass sie, wenn sie Kinder therapieren, schätzen oder aus ihrer Erfahrung heraus dosieren müssen“, kritisierte die stellvertretende BPI-Hauptgeschäftsführerin Prof. Barbara Sickmüller. ([Pressemitteilung des BPI, 10. Mai](#))

ÄZQ veröffentlicht Patientenleitlinie zu Herzschwäche

Mit der Patientenleitlinie Herzschwäche bietet das Ärztliche Zentrum für Qualität in der Medizin (ÄZQ) Patienten mit chronischer Herzinsuffizienz leserfreundliche Informationen. Die Patientenleitlinie basiert auf der Nationalen Versorgungsleitlinie Chronische Herzinsuffizienz und

übersetzt die darin enthaltenen Empfehlungen in eine verständliche Sprache. Darüber hinaus informiert sie über Hintergründe und Ursachen einer Herzinsuffizienz und enthält weiterführende Links und Adressen. Interessierte können die Patientenleitlinie Herzschwäche auf der Website <http://www.versorgungsleitlinien.de/patienten/hiinfo> herunterladen.

Herzinsuffizienz gehört in Deutschland zu den häufigsten Diagnosen bei vollstationären Patienten. Als Todesursache stand sie im Jahr 2007 bei Männern an vierter und bei Frauen an zweiter Stelle. ([Pressemitteilung des ÄZQ, 10. Mai](#))

Wido bring Ärzteatlas 2011 heraus

In Deutschland gibt es nicht zu wenig Ärzte, sondern zu viele. Eigentliches Problem ist die ungleiche Verteilung zwischen Ballungsgebieten und ländlichen Regionen, wovon auch Hausärzte betroffen sind. Das sind die Kernaussagen des Ärzteatlas 2011, den das Wissenschaftliche Institut der AOK (Wido) veröffentlicht hat.

Mit 397 Ärzten je 100.000 Einwohner sei die Arztdichte im vergangenen Jahr so hoch wie nie zuvor gewesen. Zwar sei der fachärztliche Bereich am deutlichsten durch eine Überversorgung gekennzeichnet. Doch seien auch Hausärzte betroffen: Bundesweit seien 182 von insgesamt 395 Planungsbereichen Überversorgt.

In dem Ärzteatlas analysieren die Herausgeber die vertragsärztliche Versorgung in Deutschland. Für die 14 größten Arztgruppen werden aktuelle regionale Versorgungsgrade in allen Planungsbereichen kartografisch ausgewiesen und dadurch das Ausmaß an Über- und Unterversorgung differenziert dargestellt. ([Pressemitteilung des Wido, 10. Mai](#))

BPtK kritisiert Therapieunterbringungsgesetz von gefährlichen Straftätern

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes begrüßt, wonach die Regelungen zur Sicherungsverwahrung von gefährlichen Straftätern verfassungswidrig seien. Nach den bestehenden Regelungen ist es möglich, Straftäter künftig in geschlossenen medizinisch-therapeutischen Einrichtungen unterzubringen.

Dies kritisiert die BPtK. „Gefährliche Straftäter sind nicht unbedingt psychisch krank“, sagte BPtK-Präsident Prof. Rainer Richter. Die BPtK warnt vor einem Missbrauch psychiatrischer Einrichtungen. Dies könne zu einer weiteren Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen führen, so die BPtK. ([Pressemitteilung der BPtK, 5. Mai](#))

Aus der Welt

Briten müssen jetzt sogar auf Hausarzttermin lange warten

Lange Wartezeiten für Klinikbehandlungen sind die Briten gewohnt. Neuerdings aber müssen sie auch auf eine Konsultation beim Hausarzt lange warten. Dies hat eine aktuelle Umfrage unter Patienten ergeben, wie die Ärzte Zeitung berichtete. Jeder fünfte Kranke müsse demnach in Großbritannien inzwischen zwei Tage oder länger auf einen Behandlungstermin beim Hausarzt warten. Grund für die Versorgungskrise ist Berufsverbänden zufolge Geldknappheit im britischen Gesundheitssystem. Dieses soll nach Plänen des Premierministers David Cameron grundlegend reformiert werden. Beispielsweise will die Regierung Kürzungen im Katalog der kostenlosen Leistungen vornehmen. Den sogenannten Pünktlichkeitsbonus hat Gesundheitsminister Andrew Lansley bereits gestrichen. Dieser bescherte Hausärzten, die ihre Patienten innerhalb der ersten 48 Stunden nach Kontaktaufnahme versorgten, finanzielle Extrazahlungen. Die Folge sind laut der Zeitung Daily Express lange Wartezeiten in den Hausarztpraxen. ([Ärzte Zeitung, 10. Mai](#); [Ärzte Zeitung, 9. Mai](#))

Außerdem

Immer mehr Kinder nehmen Pillen gegen AD(H)S

Immer mehr Kinder und Jugendliche in Deutschland werden laut Techniker Krankenkasse (TK) mit Medikamenten gegen das sogenannte Aufmerksamkeits-(Hyperaktivitäts-)Syndrom (AD[H]S) behandelt. Rund 27 von 1.000 bei der TK versicherte Sechs- bis Achtzehnjährige erhielten im Jahr 2009 das Arzneimittel Ritalin (Methylphenidat), teilte die TK mit. Im Vergleich zum Jahr 2006 bedeutet dies eine Steigerung von 32 Prozent. Die Krankenkasse warnte nun davor, mit der Diagnose und einer Ritalin-Behandlung vorsichtiger zu sein. Nicht jedes lebhaftes oder auffällige Kind habe AD(H)S und brauche Tabletten. Zudem seien Langzeitfolgen noch nicht ausreichend erforscht und Nebenwirkungen umstritten. So könne Methylphenidat bei falscher Dosierung Angstzustände, Appetitlosigkeit oder auch Wachstumsstörungen auslösen. Nur bei besonders verhaltensauffälligen Kindern seien Präparate mit Methylphenidat das geeignete Mittel, allerdings in Kombination mit einer ganzheitlichen Therapie. (Agenturmeldung, 9. Mai)

KOMPAKT-Zahl der Woche: : 17

Der Anteil gentechnisch hergestellter Arzneimittel auf dem Pharmamarkt beträgt laut dem Verband der forschenden Arzneimittelhersteller (vfa) 17 Prozent. Gentechnische Arzneien werden zumeist gegen schwere und seltene Erkrankungen verabreicht, beispielsweise bei der Krebstherapie. ([Pressemitteilung des vfa, 5. Mai](#))

Aus der Presse

Daniel Bahr wird neuer Bundesgesundheitsminister

Der bisherige Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Daniel Bahr (FDP), wird neuer Bundesgesundheitsminister. Er löst damit Dr. Philipp Rösler (FDP) ab, der das Amt des Wirtschaftsministers übernehmen wird. Der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler, begrüßte die Entscheidung: „Als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium ist er bereits bestens mit wichtigen Themen in der Gesundheitspolitik vertraut.“ Zudem zeichne sich Bahr durch seine hohe Fach- und Sachkompetenz in dem oft komplizierten Politikfeld aus. ([Deutsches Ärzteblatt, 10. Mai](#))

Aus dem Terminkalender

- 13.05.11 [Tag der Niedergelassenen 2011](#)
Berlin
- 16.05.11 [Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa](#)
Berlin, 18–20 Uhr
- 28.05.11 Vertreterversammlung der KV Hessen
Frankfurt, 10 Uhr

- 30.05.11 Vertreterversammlung der KBV
Kiel, 10 Uhr
- 09.06.11 Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr
- 15.06.11 Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz
Mainz, 15.30 Uhr
- 16.06.11 Vertreterversammlung der KV Hamburg
Hamburg, 20 Uhr
- 24.06.11 Vertreterversammlung der KV Brandenburg
Potsdam, 15 Uhr
- 28.06.11 Vertreterversammlung der KV Mecklenburg-Vorpommern
Rostock, 10.30 Uhr

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 40 05 – 22 03

Fax: 030 / 40 05 – 27 22 03

E-Mail: agromes@kbv.de, agraumann@kbv.de, hfuegemann@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>